

Frieden und die demokratische Einheit Deutschlands/ zu den besten Freunden der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder macht. Denn unsere Umsiedlerpolitik ist Friedenspolitik! Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sehen in der Freundschaft mit der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern, in der engen Zusammenarbeit mit ihnen die sichere Garantie ihrer Existenz und einer glücklichen Zukunft. Deshalb ist auch die Oder-Neiße-Grenze für die überwältigende Mehrheit der früheren Umsiedler als Bürger dieser Deutschen Demokratischen Republik die Friedensgrenze. Sie wissen, daß das volksdemokratische Polen ein neues Polen ist. Das arbeitende Volk hat die Staatsmacht in Händen, und dieses volksdemokratische Polen hat sich in Übereinstimmung mit den Vorschlägen der Sowjetunion für die Wiederherstellung eines einigen demokratischen Deutschlands, für den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland und für den Abzug aller Besatzungstruppen aus ganz Deutschland erklärt. Nicht die Hetze gegen die Oder-Neiße-Grenze dient den Interessen der Umsiedler, sondern der Sieg der Demokratie in ganz Deutschland. Das aber liegt nicht im Interesse zum Beispiel solcher früheren oetelbischen Junker wie Graf Kanitz, Freiherr von Rheinbaben, Graf Spee, von Osten, und wie sie alle heißen, die in Westdeutschland unter amerikanischem Schutz ihre Zuflucht gesucht und gefunden haben. Sie sind es, die den „Hauptausschuß der Ostvertriebenen“ leiten und zu einem neuen Krieg hetzen. Die Umsiedler sollen ihre Knochen zu Markte tragen, damit diese Junker ihren Großgrundbesitz wiederbekommen. Nicht diese Junker, nicht die amerikanischen Monopolherren, die dem deutschen Volk das Ruhr- und Besatzungsstatut diktiert haben, sind die Freunde der deutschen Werktätigen, sondern das sowjetische Volk, das polnische Volk, die Völker der Volksdemokratien, die sich vom Joch solcher Monopolherren und Junker befreit haben. Wir haben den festen Willen, in Freundschaft mit diesen Völkern zu leben, und bringen das zum Ausdrude durch unsere ehrliche, überzeugende Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze.

(Beifall)

Im vorigen Jahr hat Herr Adenauer die Erklärung abgegeben, die Zustände in der sowjetischen Zone dürften nicht auf die Westzonen übertragen werden. Ich glaube, dieser Angstschrei des Herrn Adenauer ist sehr verständlich. Die Übertragung dieser Zustände würde nämlich dem Elend der Umsiedler in Westdeutschland ein Ende bereiten,

(sehr wahr!)

würde endlich auch den Millionen Umsiedlern in Westdeutschland Arbeit und Wohnung, Grund und Boden schaffen. Davor aber zittern die Monopolherren und Junker. So suchen sie durch verstärkte Hetze, durch verstärkte Lügenberichte und Greuelmeldungen, durch verstärkte nationalistische Verhetzung, durch verstärkten Terror gegen die Kämpfer für Frieden und Freiheit die Massen der Werktätigen, besonders aber die Millionen der Umsiedler daran zu hindern, den richtigen Weg zu gehen, dem Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik zu folgen und für den Sieg der Demokratie auch in Westdeutschland zu kämpfen.

Welches sind also die Perspektiven der früheren Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik? Der Fünfjahrplan wird auch ihren Lebensstandard auf eine den Massen der deutschen Werktätigen bisher unbekannte Höhe heben bei gleichzeitig bisher unbekanntem kulturellem Aufschwung.

Und die Perspektiven für Westdeutschland? Nach einem Bericht des Bonner Ministeriums für Umsiedlerfragen vom März dieses Jahres sind noch rund 400 000 Umsiedler in Westdeutschland in Internierungslagern untergebracht. Das heißt, daß im Lande der 3 Millionen Arbeitslosen die Zukunft dieser Internierten grau und elend ist. Aber

diese Notlage der Umsiedler — das ist von einigen Vordnern bereits betont worden — wird ja bewußt aufrechterhalten! denn die Umsiedler bilden für die Monopolisten einen willkommenen Zuwachs des Arbeitslosenheeres. Sie spielen sie gegen die einheimischen Arbeitskräfte aus, um deren Lebenshaltung ständig zu bedrohen und zu drücken. Sie sind weiter die Reserve der Atlantikpaktarmee, die gegen den Osten marschieren soll, um den Junkern ihre Güter und den Monopolisten ihre Betriebe wieder zu erobern. Deshalb mißbraucht man ihre Gefühle zur Verhetzung gegen die fortschrittlichen Länder und besonders gegen die Sowjetunion und Polen. Die fünf Jahre nach 1945 in Westdeutschland stärker als bisher bestehende Notlage der Umsiedler hat ihre Ursache nicht — wie man es den Umsiedlern weismachen versucht — in einer Übervölkerung Deutschlands, sondern in der von den amerikanischen Imperialisten verbrecherisch herbeigeführten Spaltung Deutschlands. Schuld am Elend der Umsiedler im Westen, an ihrer immer drückender werdenden Not sind die dort vor sich gegangene Restauration der Reaktion und die durch den amerikanischen Imperialismus aufgezwungenen kolonialen Verhältnisse.

Niemand ist deshalb an der Herstellung demokratischer Verhältnisse im Westen so interessiert wie die Umsiedler. Ihnen und allen Werktätigen zu helfen, das ist die Aufgabe auch unserer Gesetzgebung, das ist die Aufgabe der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, die sich in ihrem Kampf auf das Lager des Friedens und der Demokratie unter der Führung der großen, unüberwindlichen Sowjetunion stützt. Diese Front wird auch dem deutschen Volk seine Freiheit, seine demokratische Einheit und seine nationale Unabhängigkeit bringen. Darum wird jeder Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik am 15. Oktober den Kandidaten dieser Nationalen Front des demokratischen Deutschland seine Stimme geben und jeder Umsiedler am 15. Oktober die Wahl für den Frieden, für die demokratische Einheit Deutschlands, für eine glückliche Zukunft des deutschen Volkes treffen.

(Beifall)

### **Präsident Dieckmann:**

Weitere Wortmeldungen liegen dem Präsidium nicht vor, so daß die Beratung als abgeschlossen gelten kann.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den von der Regierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik, Drucksache Nr. 137 in Verbindung mit der Drucksache Nr. 141.

In dieser letzteren Drucksache sind nicht alle kleineren Änderungen, die an dem Gesetz noch vorzunehmen sind, aufgeführt. Diese Änderungen sind aber von der Frau Berichterstatterin mündlich vorgetragen. Damit Irrtümer ausgeschlossen werden, werde ich auf diese Veränderungen, die sich in der Drucksache Nr. 141 nicht befinden, noch einmal besonders hinweisen.

In der Drucksache Nr. 137 ist im zweiten Absatz der Präambel ein Satz hinzuzufügen: „Sie sind vollberechtigte Staatsbürger.“ Das Komma, das in der Drucksache Nr.

141 steht, ist durch einen Punkt zu ersetzen und der neue Satz groß anzufangen.

Ferner ist im § 4 der Drucksache Nr. 137 im dritten Absatz nach den Worten „Das Darlehen“ einzufügen „wird zinslos gewährt und“.

Im § 9 ist in der zweiten Zeile des ersten Absatzes das Wort „Volksschulen“ durch „Grundschulen“ zu ersetzen, und in § 13 ist im ersten Absatz das Wort „kartenmäßige“ vor „Norm“ zu streichen.

Das sind die bereits mündlich vorgetragenen/ aber in der Drucksache Nr. 141 nicht verzeichneten Änderungen.

Wir kommen zur Abstimmung über den mit Drucksache Nr. 141 vorgelegten Antrag, das in der Drucksache Nr. 137 aufgeführte Gesetz in der Fassung dieses An-